



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XVI/51 - 6. Februar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Verheißungsvoller Anlauf

36

Zum Präsidentenwechsel beim Wissenschaftsrat

2a

Wettlauf im Weltall

51

Zum Start des neuen Sputniks

3 - 4

Streikgrund - zu niedrige Honorarsätze

65

Offener Konflikt zwischen geistig Schaffenden und Rundfunkanstalten

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raston

5 - 6

Die Qualmer

49

Gesundheitsgefährdung auf den Strassen

Von H.G. Nitzel, MdE

6

Der Wunsch Adenauers
Eine Frau im Kabinett

15

* * * *

Verheissungsvoller Anlauf

Bdt. Der Wissenschaftsrat hat einen neuen Präsidenten bekommen. Für die breite Öffentlichkeit bedeutet die Meldung nicht mehr als einen Wechsel im Spitzenbereich der kulturpolitischen Hierarchien, bei denen sich der mit tagespolitischen Neuigkeiten gefütterte Zeitungsleser nicht lange aufhält. Noch ist ihm nicht zu Bewusstsein gekommen, in wie hohem Maße heute die Chronik der Kulturpolitik den Rhythmus der wirtschaftlichen und politischen Ereignisse beeinflusst.

Eine Meinungsumfrage über den Wissenschaftsrat würde wahrscheinlich recht nebelhafte Vorstellungen zutage fördern. Sollte jemand der Auffassung sein, dass es sich um ein Gremium von Männern und Frauen mit wissenschaftlichen Verdiensten handle, dessen Aufgabe wäre, Parlament und Regierung in schwierigen Fragen zu beraten, ihnen bei der Lösung gegenwärtiger Aufgaben zu helfen und ihnen vielleicht gar zukünftige Aufgaben zu stellen, die sie von ihrem Standort abseits des Tagesgeschehens besser zu überschauen vermöchten -, so hätte er tatsächlich geirrt. Der Deutsche Wissenschaftsrat hat sich nur mit Angelegenheiten zu befassen, die den eigentlichen Wissenschaftsbetrieb ausmachen und seine Empfehlungen wirken nur mittelbar auf die Politik zurück.

Der Wissenschaftsrat wurde auf Grund eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern im September 1957 geschaffen. Seine Mitglieder werden vom Bundespräsidenten auf drei Jahre berufen. Es sind 50 an der Zahl, mit zusammen 44 Stimmen. 16 Universitätsprofessoren aller Fakultäten und 6 Vertreter der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens bilden die wissenschaftliche Kommission. 13 Vertreter der Länder, zumeist der Kultusminister und 6 Staatssekretäre des Bundes bilden die Verwaltungskommission. Den 6 Staatssekretären des Bundes stehen 11 Stimmen zu, ebensoviel wie den Ländern. Deshalb die Differenz zwischen Mitgliederzahl und Stimmzahl.

Die erste Aufgabe des Wissenschaftsrates ist - gestützt auf die Pläne, die Bund und Länder entsprechend ihrer jeweiligen Zuständigkeit aufstellen - einen Gesamtplan für die Förderung der Wissenschaft zu erarbeiten. Dabei soll der Rat sowohl die Schwerpunkte als auch die Dringlichkeitsstufen kennzeichnen. Seine zweite Aufgabe ist weniger langfristig: Aufstellung eines jährlichen Dringlichkeitsprogramms. Seine dritte Aufgabe ist die Abfassung von Empfehlungen für die Verwendung derjenigen Mittel, welche in den Haushaltsplänen des Bundes und der Länder für die Förderung der Wissenschaft verfügbar sind.

Der "Gesamtplan" gibt der Arbeit des Wissenschaftsrates ihre Bedeutung. Der hessische Kultusminister Prof. Schütte sprach von einem kulturpolitischen Ereignis, als der Wissenschaftsrat im Oktober vorigen Jahres in einer eigens zu diesem Zweck nach Berlin einberufenen Sitzung seinen grossen Bericht verabschiedete, der "Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I, Wissenschaftliche Hochschulen" hiess. Die Verabschiedung geschah einstimmig.

Die Empfehlungen sind in einem 535 Seiten dicken Buch niedergelegt, das dem Bundespräsidenten überreicht wurde.

Der Plan ist in erster Linie eine Leistung der wissenschaftlichen Kommission. Bis 1964 soll er verwirklicht sein. Er sieht zunächst den räumlichen Ausbau der Hochschulen vor und nennt alle dringend notwendigen Universitätsbauten für jede der 16 deutschen Universitäten und neun Technischer Hochschulen. 2,6 Milliarden DM sind nötig, um der wissenschaftlichen Forschung und Lehre bei uns wieder den räumlichen Rahmen zu geben, dessen sie bedarf, um mit ihren heutigen Aufgaben Schritt halten zu können. Für die Beschaffung der Mittel wird folgende Empfehlung gegeben: "Während der Mehraufwand für die Personal- und Sachkosten bei der durch das Grundgesetz bedingten Aufgabenverteilung ausschliesslich den Ländern als den Trägern der Wissenschaftlichen Hochschulen zur Last fällt, wird bei der Aufbringung der Investitionsmittel für Bauaufgaben der Hochschulen eine fühlbare Hilfe vom Bund zu leisten sein. Es ist in Aussicht genommen, dass sich der Bund an den Bau- und Ersteinrichtungskosten zur Hälfte beteiligt." Nur für die Universität Berlin soll der Bund mehr als die Hälfte, nämlich zwei Drittel der Baulasten übernehmen.

Der Wissenschaftsrat hat sich auf das Notwendige beschränkt. Wenn 1964 alles durchgeführt sein wird, werden neue Hilfsaktionen für die Hochschulen nötig sein, denn die Studentenzahl steigt. Man kann entweder einen Teil der Studenten "herausprüfen", wie Bundesinnenminister Schröder einmal wollte, oder man baut die Hochschulen aus und verwehrt sie und die Zahl der Hochschullehrer. Für diesen Weg hat sich der Wissenschaftsrat entschieden.

Wenn eine solche Entscheidung heute als selbstverständlich angesehen wird, dann liegt das nicht zuletzt daran, dass die SPD vor vielen Jahren schon damit begonnen hat, die Öffentlichkeit überhaupt erst einmal aufnahmefähig für die Bedürfnisse von wissenschaftlicher Forschung und Lehre und für die damit verbundenen Ausgabenprobleme zu machen. Diese Aufnahmefähigkeit ist der Boden, den die Wissenschaftler und die Studierenden brauchten, um ihre Forderungen mit Aussicht auf Erfüllung anmelden zu können.

Nach dem Rücktritt des verdienstvollen Professors Helmut Coing, der sich jetzt wieder seinen eigenen wissenschaftlichen Arbeiten widmen will, übernimmt der 56 Jahre alte Professor Ludwig Kaiser, Ordinarius für Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Tübingen, den Vorsitz in der heute auf Bundesebene wichtigsten kulturpolitischen Institution. Es ist ihm die notwendige Rücksichtslosigkeit zu wünschen, ohne die bei uns die im Interesse der Allgemeinheit liegenden Wünsche der Wissenschaft nun einmal nicht erfüllt werden.

+ + +

Wettlauf im Weltall

sp - Welche Aufregung in der ganzen Welt hat seinerzeit der Start des ersten sowjetrussischen Sputniks - nach heutigen Maßstäben gemessen war es nur ein Baby-Sputnik - verursacht! Das Selbstbewusstsein der Vereinigten Staaten erhielt einen argen Stoss, eine Welle der Erschütterung ging durch das Land. Pessimisten und Defaitisten sprachen sogar von einem beginnenden Abstieg der USA als führende Weltmacht. Sie stellten die schwärzesten Prognosen.

Heute, nach dem Start des siebenten Sputniks, nimmt die Welt sowjetrussische Erfolgsmeldungen auf dem Gebiete der Eroberung des Weltalls mit mehr oder weniger Gelassenheit hin, und selbst die Tatsache, dass es sich bei dem letzten Sputnik um einen Koloss von über sechs Tonnen Gewicht handelt, verursacht keinen Nervenkitzel. Auch der Gedanke, es werde in absehbarer Zeit möglich sein, Menschen in das Weltall zu entsenden, hat in unserer schnellebigen Zeit an Faszination verloren. Nur kleinlich Geäinnte werden die sowjetrussischen Techniker und Wissenschaftler um ihren Erfolg beneiden. Er wird auch nicht dadurch beeinträchtigt, dass der grosse Gegenspieler der Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, knapp daran sind, den sowjetischen Vorsprung aufzuholen, ist es ihnen doch gelungen, einen mittels einer Rakete in grosser Höhe abgeschossenen Schimpanse wieder lebend auf die Erde zurückzubringen.

Die Ebenbürtigkeit beider Weltmächte im Wettlauf um die Weltraumschifffahrt hat auch etwas Beruhigendes und Tröstliches. Sie enthält vielleicht für beide Seiten den Zwang, sich doch irgendwie im Weltraum zu arrangieren, was wiederum dazu beitragen könnte, ein besseres politisches Klima auf der Erde zu schaffen. Mag die Wissenschaft der Aeronautilik auch mit Riesenschritten vorangehen, so ändert sie doch nichts daran, dass das Leben der Menschen sich auf dieser Erde abspielt. Hier ist die Heimstatt aller Sehnsüchte nach einem besseren Dasein, hier aber auch die Furcht der Völker voreinander. Sie zu lindern, bleibt die schönste Aufgabe der Staatsmänner.

Streikgrund - zu niedrige Honorarsätze

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rosten

Ohne Aufregung haben die dänischen Fernseh- und Rundfunkhörer zur Kenntnis genommen, dass ab 1. Februar ein offener Konflikt zwischen den Schauspielern und der staatlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft ausgebrochen ist. Nacheinem einstimmigen Beschluss des Schauspielverbandes werden die 700 Schauspieler in Dänemark ihr Mitwirken vor den TV-Kameras und Mikrofonen so lange verweigern, bis Dänemarks Radio das Verlangen nach höheren Honoraren erfüllt hat. Zum zweiten Mal gibt es in Dänemark ein Lohnstreit zwischen Fernseh-Rundfunk und den künstlerischen Mitarbeitern, und wie es bei solcher Fällen üblich ist, haben die Schauspieler in Finnland, Norwegen und Schweden sich mit ihren dänischen Kollegen solidarisch gestellt. Die Schauspielerblockade gegen die Fernseh- und Rundfunkgesellschaft in Kopenhagen ist damit total. Auch andere Zweige des künstlerischen und kulturellen Lebens - beispielsweise die Dramatiker, Schriftsteller, Artisten, Journalisten und der Verein der Magister - überlegen, ob sie in dieser extremen Form ihre Honoraransprüche an die Fernseh- und Rundfunkgesellschaft stellen sollen, und es ist durchaus möglich, dass in kurzer Zeit fast sämtliche kulturellen Fernseh- und Rundfunksendungen von der Blockade getroffen werden.

Der Schauspielerstreik ist das erste Zeichen eines Aufbruchs der dänischen Intellektuellen gegen die staatliche kulturelle Honorarpolitik, für ein kleines Land wie Dänemark ist ein grosser Teil der kulturell Schaffenden auf vertragliche Einkünfte oder Nebeneinkünfte bei der Fernseh- und Rundfunkgesellschaft angewiesen. Diese ist aber eine Monopolsellschaft und benutzt ihr Monopol um die Gehälter und Honorare für Schauspieler, Autoren, Solisten, Kommentatoren und anderen Mitwirkenden möglichst niedrig zu halten. Ausserdem gibt es, mit wenigen Ausnahmen auf dem schauspielerischen Gebiet, keine Qualitätsbeurteilung im Bezug auf die Honorare. Ein Rundfunkvortrag wird je nach Länge und Sendezeit honoriert, während weder Vorarbeit und Sachinhalt noch der Unterschied in Leistung und Fähigkeit berücksichtigt werden. Das Zentimeterband bestimmt den Honorarsatz. So wird der Beitrag eines hochqualifizierten politischen Kommentators genau so gut oder so schlecht bezahlt, wie der Vortrag über ein ziemlich unwichtiges Vorkommnis in einem Kaninchenzüchterverein irgendwo auf der Heide. Dieses von dem oberen staatlich-bürokratischen

6. Februar 1961

Fernseh- und Rundfunkdenken praktizierte und scharf kritisierte Egalitätsprinzip stößt auf zunehmenden Widerspruch. Es wird außerdem darauf hingewiesen, dass bei der steigenden Verbreitung des TV-Mediums, sowohl der Verbrauch an künstlerisch Mitwirkenden wie auch die Zahl der Abnehmer ein ganz neuer Messungsfaktor und gerechte erhöhte finanzielle Forderungen an die Gesellschaft stellen.

Die tatsächlichen Forderungen des Schauspielerverbandes an die Fernseh- und Rundfunkgesellschaft sind nicht im einzelnen bekannt, aber bewegen sich um eine durchschnittliche Erhöhung der Honorare um ungefähr 140 Prozent. Offizielle Mahnungen und das Verlangen nach Verhandlungen wurden schon im Mai vorigen Jahres gestellt, wurden aber von der Gesellschaft nicht beachtet, und erst als es zu spät war, wurden Verhandlungen aufgenommen, die aber sofort gescheitert sind wegen der Kluft zwischen Honoraransprüchen und Angeboten. Inzwischen haben die österrischen Dramatiker eine 100 bis 200 Prozentige Erhöhung ihrer Honorare verlangt, was zu einer Annäherung an die auch im allgemeinen besseren schweizerischen Honorarsätze führen würde.

Bei der jetzt ausgerechneten künstlerischen Notlage musste die Fernseh- und Rundfunkgesellschaft tiefgreifende Programmänderungen beschließen und für Ersatz sorgen. Meistens bestehen die sogenannten Vollprogramme aus Filmen und leichter Unterhaltung. Das österrische Publikum hat noch nicht reagiert. Die Rundfunkgebühr beträgt 25 Kronen, die TV-Gebühr 75 Kronen pro Jahr (das sind 15 beziehungsweise 45 Schilling) und bringen der Gesellschaft jährlich um die 70 Millionen Kronen ein. Wir haben genug Geld, erklärte kürzlich ein Mitglied des österrischen Rundfunkrates, als er bei einer öffentlichen Diskussion die Einführung von TV-Werbungen scharf ablehnte. TV-Werbungen könnten sonst der Gesellschaft noch 20 Millionen Kronen pro Jahr zuführen. Die jetzigen Auseinandersetzungen zwischen TV- und Rundfunkkonzerngesellschaft auf der einen und der geistig Schaffenden auf der anderen Seite ist aber nicht nur eine Frage des finanziellen Ertrags, sondern ein Problem des Wellens. Es geht darum, das künstlerische und geistige Mitwirken mehr löhnend zu machen und dadurch das gesamte kulturelle TV- und Rundfunkniveau zu erhöhen.

Die Qualmer

Von H.G. Ritzel, MdB

Nach geltendem Recht müssen Kraftfahrzeuge so beschaffen sein, dass die Verunreinigung der Luft durch Abgase das nach dem jeweiligen Stand der Technik unvermeidbare Maß nicht übersteigt. Diese Bestimmung wird im Verkehr auf Landstrassen und Autobahnen täglich und stündlich zum Nachteil anderer Verkehrsteilnehmer und mit gesundheitsschädlicher Wirkung verletzt.

Hauptursachen des Qualmer sind rücksichtslose Lastkraftwagenfahrer, die bemüht sind, am Berg das Letzte aus ihrem Fahrzeug herauszuholen, und die Besitzer von Wagen mit Zweitaktmotoren, deren Mischung von Treibstoff und Öl gesundheitsschädigende Ausstöße nach dem heutigen Stand der Technik unvermeidbar zu machen scheint. In Bezug auf Lastkraftwagen ist aber auch die geltende Regelung mit schuld, denn sie enthält keinen Zwang, Abgase nach oben zu leiten, wie dies in Amerika durchweg der Fall ist.

Bundesverkehrsminister Dr. Seehofer hat auf eine von mir an ihn im Bundestag gestellte Frage vor kurzem erklärt, dass von der Möglichkeit, das Abqualmen über Dach einzuführen, trotz vielfacher Bemühungen kein Gebrauch gemacht wurde. Der Minister beruhigte sich mit dem Hinweis darauf, dass die Gase unter einem Winkel von 45° ausströmen, dann in den Wirbelwind geraten, den die Hinterräder hervorrufen, so dass die Gase auf diese Weise verteilt werden. Das mag in der Theorie richtig sein, in der Praxis ist es falsch. Tag um Tag kann der Fahrer eines Personenzweirades erleben, dass Lastkraftwagen, deren Abgase nach links und damit in den Überholungsverkehr abgeleitet werden, Überrohre verfügen, die die Abgase direkt vor den Überholenden Pkw setzen und dessen Fahrer in eine stinkende dunkle Wolke einhüllen, die im Moment jede Sicht nimmt.

Der Bundesverkehrsminister weist in diesem Zusammenhang mit Recht darauf hin, dass es Sache der Polizei sei, derartige Tatsachen abzustellen. Aber er sagt auch, dass es sehr schwer sei, bei übermässiger Rauchentwicklung eine gerichtliche Bestrafung zu erreichen, da im wesentlichen neben Zeugenaussagen nur wenige photographische Aufnahmen zur Verfügung standen. Nun sei ein besonderes Messgerät entwickelt worden, das der Polizei die Bekämpfung dieser Belästigung erleichtern soll. Auch damit ist noch nicht viel geholfen, denn man kann nur messen, wenn man am Ort

126. Die Polizei ist aber dank ihrer ausgedehnten Bezirke und ihrer Überlastung in den meisten Fällen nicht am Ort und im Übrigen ist sie mit ihren Fahrzeugen so leicht erkennbar, dass die Furcht der Waldmäute und das Qualmen in der Nähe der Polizei unterbleibt. Es wird trotz aller anderen Bemühungen im wesentlichen doch erst dann eine Besserung eintreten, wenn das Abqualmen von Lastkraftwagen über Dach erfolgt.

In Bezug auf das Qualmen der Zweitaktmotoren soll nach der Auskunft des Bundesverkehrsministers die Heraufsetzung des Mischungsverhältnisses von Treibstoff und Öl auf 40 zu 1 künftig möglich sein. Der Minister hofft, dass damit in Zukunft die wesentliche Ursache des Qualmens bei den Zweitaktmotoren beseitigt sein wird. Man kann diese Hoffnung nur teilen. Im Haushalt des Bundesverkehrsministeriums werden sehr erhebliche Beträge für derartige gezielte Zweckforschungen ausgeworfen. Es wäre an der Zeit, dass im Interesse der Gesundheit der Allgemeinheit und der Sicherung des Verkehrs auf Autobahnen und Bundesstrassen endlich energische Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mißstände ergriffen würden.

+ + +

Der Wunsch Adenauers

sp - Bundeskanzler Dr. Adenauer möchte eine Frau als Mitglied des Bundeskabinetts haben. Diesen Wunsch hat er kürzlich vor den Vorsitzenden und Geschäftsführerinnen der Spitzenverbände der deutschen Frauenorganisationen geäußert. Wer hat, muss man wohl fragen, den Bundeskanzler an der Erfüllung seines eigenen Wunsches gehindert? Schon vor vier Jahren und damals auch wieder vor den Bundestagswahlen (1957) äusserte Adenauer ähnliche Wünsche. Die Wahlen gingen über das Land, aber das Versprochene wurde vergessen. Die CDU/CSU hat damals die absolute Mehrheit im Bundestag erhalten, unter ihren Abgeordneten befinden sich auch Frauen - aber keine hielt der Bundeskanzler für wichtig und bedeutsam genug, den Stuhl eines Bundesministers zu zieren. Hält Adenauer so wenig von den Fähigkeiten des weiblichen Geschlechts, auch ein Ministeramt zu zieren? Seine jetzige Äusserung ist demnach genau so zu bewerten wie vor vier Jahren: als ein allzu durchsichtiger Versuch eines Wählerfanges. Ob diesmal die Spekulation auf die Vergesslichkeit aufgehen wird?

+ + +